

A N F R A G E von Jürg Trachsel (SVP, Richterswil)

betreffend Einstellung der Kripo-Abgeltung an die Stadt Zürich per Ende 2000

Mit der Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (Abstimmung vom Februar 1999) hat die Bevölkerung des Kantons Zürich die einstweilige Beibehaltung der Kripo-Abgeltung an die Stadt Zürich von jährlich 47,5 Millionen Franken bis zur Einigung über die neue Aufgabenverteilung, längstens aber bis Ende 2000 beschlossen. Der Gemeinderat der Stadt Zürich hat vergangene Woche – anlässlich seiner Sitzung vom 23. August 2000 – eine Einzelinitiative mit 72 Stimmen überwiesen, welche den vollständigen Erhalt der städtischen Kriminalpolizei verlangt. Dieses Begehren steht somit in krassem Widerspruch zu in jüngerer Vergangenheit getätigten Kompromissen zwischen Stadt und Kanton Zürich, weshalb ich den Regierungsrat um Beantwortung nachstehender Fragen ersuche:

1. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, für das Jahr 2001 sei die kantonale Abgeltung an die Stadt Zürich im Polizeibereich ohne weiteres in vollem Umfang einzustellen, da mit der Überweisung besagter Initiative bis Ende 2000 aus von der Stadt Zürich zu vertretenden Gründen keine Einigung mehr über eine neue Aufgabenverteilung im Polizeibereich zustandekommen kann?
2. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um der „Foifer und Weggli-Politik“ der Stadt Zürich – Rechte in Form von Abgeltung ja / Pflichten in Form von Zusammenarbeit nein -, welche letztendlich ihren Ursprung im seit längerem sattsam bekannten unkooperativen Verhalten der städtischen Polizeivorsteherin Esther Maurer hat, Einhalt zu gebieten?
3. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass das Modell „Urban Kapo“ die Realisierung einer kantonalen Einheitspolizei weder verhindert noch begünstigt?
4. Die Reaktionen aus Winterthur – vergleiche Artikel „Gegen eine Einheitspolizei“ im Tages-Anzeiger vom 28. August 2000 – sind ein Hinweis darauf, dass sich der (Irr-) Weg zur nun seitens der Stadt Zürich hochgejubelten Einheitspolizei (damit die Versprechung aus der Lastenabgeltungsvorlage nicht eingelöst werden müssen?) sehr steinig gestalten könnte. Teilt der Regierungsrat die Befürchtung, dass eine Einheitspolizei die Bevölkerung des Kantons Zürich schon in rein finanzieller Hinsicht um einiges teurer zu stehen kommen würde, als dies heute beziehungsweise mit dem Modell Urban Kapo der Fall ist?

Ich danke dem Regierungsrat bereits heute für die präzise Beantwortung der gestellten Fragen.

Jürg Trachsel